



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920

309 (15.7.1920) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-192329](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-192329)

Sind die Staatsmänner der Entente, die jetzt in Spa das deutsche und damit zugleich das europäische Problem von neuem aufgerollt haben, solche Verräter? Mit diesem Behauern muß man feststellen, daß der unfehlige Geist von Versailles noch immer fortkommt. So lange aber nicht die letzte Spur dieses Geistes getilgt ist, so lange ein einseitiges Diktat der Sieger die Leistungen der Unterlegenen ohne Rücksicht auf deren Epochenmöglichkeit festsetzt, wird die Heilung Europas niemals gelingen. Denn dieses Europa ist ein einheitliches Ganzes, seine Teile sind durch Wirtschaft und Verkehr, durch tausend Fäden, die hinüber- und herüberlaufen, aufs innigste miteinander verknüpft, und wer einen dieser Teile zerstört, der zerstört oder erschüttert aufs schwerste den Gesamtkörper. Gewiß, wir haben einen Weltkrieg verloren, wir haben Wiedergutmachung im weitesten Umfang, militärische Abrüstung usw. verprochen: wir können nicht erwarten, daß man uns um unserer schönen Augen willen plötzlich von allen Verpflichtungen entbindet. Wir erwarten das auch nicht. Was wir aber verlangen können, ist, daß man uns wenigstens die politische und wirtschaftliche Selbstbestimmtheit läßt, um überhaupt jene Entschädigungen leisten zu können. Unsere Delegierten in Spa haben wieder mit allem Nachdruck betont, daß Deutschland nicht daran denkt, sich seinen Verpflichtungen, soweit sie irgend innerhalb des Bereiches der Durchführbarkeit liegen, zu entziehen. Jedoch ein Schein nur gibt mehr, als er hat. Ein großer Teil der Forderungen des Versailles-Vertrages, jenes Dokumentes hemmungsloser Gewalt und blinder Rücksicht, das wir nur unter dem Zwange der Not unterzeichnet haben, liegt durchaus oberhalb der Grenzen des Möglichen. Die Erkenntnis und die Einsicht, daß eine Fortführung der bisherigen Gewaltpolitik Deutschland und Europa in Anarchie und Chaos stürzen müßte, hat im letzten Jahre immer weitere Kreise auch unserer Gegner durchdrungen und nicht zuletzt aus diesem Gedanken heraus ist der Plan der Konferenz von Spa entstanden, gegen die die Franzosen von allem Anfang an sich sträubten.

Es hat sich als ziemlich unglücklich für Deutschland herausgestellt, daß der eigentliche geistige Vater der Konferenzidee (Nitti) inzwischen gestorben ist und keinen Einfluß mehr auf die Gestaltung der Dinge in Spa nehmen konnte. Nittis, sein Nachfolger, hält sich aus bestimmten Gründen zurück und sein Vertreter in Spa, Graf Sforza, hat dort bisher eine Zeit passiver Resistenz in manchen Fragen geübt. So liegt die eigentliche Initiative ausschließlich bei England und Frankreich. Die sogenannten Verhandlungen erfolgen aber keineswegs auf dem Fuße voller Gleichberechtigung: von unseren Delegierten wird zunächst nicht nur über den Diktatwillen der Entente, sondern auch über die Formen des Tonus usw. gefogelt. Nach vorübergehender Besprechung ist jetzt der Diktatwille wieder ganz auf die Spitze getrieben.

Die Entente hat immer wieder die verhängnisvolle Neigung erkennen lassen, sobald eine Einigung nicht schnell und in ihrem Sinne zu erzielen war, immer wieder zum Diktat zurückzukehren. Das ist freilich für sie der bequemste Weg, aber damit werden die Schwierigkeiten nicht behoben. Früher oder später wird doch eine Lösung auf dem Wege gegenseitiger Verständigung gesucht und gefunden werden müssen.

Von einem Verständnis hierfür war bisher nichts zu merken. So war zu erwarten, daß wir uns in der militärischen Frage einer geschlossenen Front unserer Gegner gegenübersehen würden, auch derjenigen, die in anderen Punkten vielleicht gewissen Zugeständnissen nicht abgeneigt sind. Wenn unsere Delegation trotz der schweren Bedenken, die zweifellos die Durchführung der Entwaffnungsbestimmungen im Hinblick auf unsere innere Lage und auch auf die durch den politischen Zusammenbruch in die Nähe gerückte bolschewistische Gefahr ermeden muß, sich entschlossen hat, das vorgeschlagene Protokoll zu unterzeichnen, so geschah es in der Erkenntnis, daß mehr als eine Verlängerung der Entwaffnungsfrist nicht zu erreichen war. Auch durfte ein Weg zur Verständigung in den wirtschaftlichen Fragen nicht von vornherein abgelehnt werden. Jedenfalls muß nun, so schwer es auch sein wird, für die lokale Durchführung der übernommenen Verpflichtungen Sorge getragen werden und zwar müssen alle Kräfte, auch die extreme Linke und die äußerste Rechte, der Regierung hierbei beihilflich sein.

Auch in der Kohlenfrage, die für uns eine Lebensfrage darstellt, sehen die Entente, zunächst wenigstens, den gleichen Weg des Diktates beschreiten zu wollen. Durch Ueberweisung der Materie an eine Sachverständigenkommission, wo ja immer ein ernsthafteres und sachlicheres Zusammenarbeiten möglich ist, war es gelungen, die Konferenz über den ersten kritischen Punkt hindüberzubringen. Zweifellos haben die eindringlichen Darstellungen des Außenministers, sowie der Arbeitnehmer- und Arbeitgeber-Vertreter, die in ihrem Tonor völlig übereinstimmen, auf die Entente ihren Eindruck nicht verfehlt. Kohle ist Brot für das industrielle Deutschland und eine Benozungung der Gegner in dem Maße, wie sie es wollen, würde unseren wirtschaftlichen Zusammenbruch bedeuten. Von ihr ist sich auf deutscher Seite völlig einig darüber, daß diese Forderung unter keinen Umständen bewilligt werden kann. Will die Entente uns völlig verfluchen, so mag sie es tun, aber nicht mit unserer Zustimmung, sondern gegen unseren schärfsten Protest.

Es ist eben nicht unsere Sache allein, sondern die des gesamten Europas, die jetzt in Spa verhandelt wird. Davon, ob diese Erkenntnis sich auch bei den Führern der Entente durchdringt, wird es abhängen, wie die Entscheidung in Spa ausfällt. O. H. E.

Rückauf deutscher Schiffe.

Schon vor den Verhandlungen in Spa sind, wie uns von unterrichteter Seite geschrieben wird, von England an unsere Schifffahrtstreife Mitteilungen gelangt, welche eine erfreuliche Wandlung der Stimmung in maßgebenden englischen Marinestellen erkennen lassen. Von englischer Seite wurde nämlich der Vorschlag gemacht, diejenigen deutschen Schiffe, die als Entgelt für die Verfertigung der Kriegsschiffe etwa bloß ausgeliefert werden mußten, an Deutschland unter gewissen Bedingungen zurückzugeben. Es handelt sich natürlich um Handelschiffe, welche der „Hamburg-Amerika-Linie“ ausgeliefert werden sollen. Es haben bereits, wie wir vernehmen, über diese Angelegenheit nähere Verhandlungen stattgefunden, die von Vertrauenspersonen geführt worden sind.

Die Bedingungen, unter denen die Rückgabe der deutschen Handelschiffe an die deutsche Handelswelt erfolgen soll, sind allerdings zum Teil recht eigenartiger Natur und ziemlich unverständlich. In erster Reihe wird eine Bezahlung der Schiffe zur Bedingung gemacht. Damit kann man im allgemeinen einverstanden sein, da der Bau neuer Handelschiffe heute nicht nur sehr teuer ist, sondern auch infolge des Mangels an sehr vielen wichtigen Rohmaterialien ziemlich langwierig ist. Die deutsche Wirtschaft braucht aber schnell Beförderungsmittel, da beim Handel schneller Umsatz oft von größter Bedeutung für den Gewinn ist. Gegen eine Bezahlung der Schiffe wäre darum schon aus rein volkswirtschaftlichen Gründen nichts einzuwenden, zumal dafür ein langer Kredit von ungefähr 5 Jahren eingeräumt werden soll. Es ist anzunehmen, daß in diesen 5 Jahren — die Frist kann eventuell noch verlängert werden — die deutsche Baluta sich so stark gehoben hat, daß die Schiffe beträchtlich billiger werden dürften, als Schiffe, die heute zu Weltmarktpreisen gebaut werden.

Unverständlich ist aber eine weitere Bedingung, daß die Schiffe mehrere Jahre die englische Flagge führen sollen. Diese Vorbedingung ist mit der Würde und der Bedeutung der deutschen Handelswelt und der deutschen Weltwirtschaft, die vor dem Kriege an erster Stelle stand, unvereinbar. Die Engländer sollen dem Vernehmen nach bereits auf diese Bedingung verzichtet haben. Eine endgültige Regelung ist bis heute noch nicht erfolgt.

Die nächsten Aufgaben des Reichswirtschaftsrates.

Berlin, 15. Juli. (W. B.) Der Präsident des vorläufigen Reichswirtschaftsrates Eder von Braun äußerte sich heute vor Pressevertretern über die nächsten Aufgaben des Reichswirtschaftsrates. Er betonte bei dieser Gelegenheit nachdrücklich, daß dieses Reichswirtschaftsparlament nicht den Ehrgeiz haben würde, mit dem politischen Parlament in Konkurrenz zu treten und daß die Hauptaufgaben nicht in Resolutionen, sondern in den Ausschüssen erledigt werden müßten. Es sind bereits drei Ausschüsse gebildet, nämlich der Geschäftsordnungs-, der Wirtschaftspolitische und der sozialpolitische Ausschuss. Die letzten beiden sollen auch während der Verlegung des Reichswirtschaftsrates ständig zusammenbleiben. Beschlossen ist ferner die Bildung eines großen Ausschusses, der die Gesamtfragen der Zwangswirtschaft behandeln wird. Schließlich ist noch ein besonderer Unterausschuss für die Behandlung des Antrages Wiffel beschlossene worden. Der Präsident ging dann auf die weiteren Hauptaufgaben des Reichswirtschaftsrates für die Zukunft ein. Die Frage der Zwangswirtschaft muß in einer Weise gelöst werden, die den Interessen der Allgemeinheit weitaus entspricht, und unsere Finanzwirtschaft muß wieder in Ordnung gebracht werden. Er ist der Ansicht, daß man auch in der Steuererhebung in der letzten Zeit Wege ergriffen hat, die dem Gesamtwohl nicht dienlich sein können. Es wird das Bestreben des Reichswirtschaftsrates sein müssen, all diese Fragen nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten unter Ausschaltung parteipolitischer Elemente zu lösen und zwar in einer Weise, die den Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer entspricht. Er ist der Überzeugung, daß das Problem nicht gelöst werden könne in der Form des Kapitalismus der vergangenen Zeit, noch im Sinne des Sozialismus, wie er dem Parteiprogramm entspricht. Es muß vielmehr eine neue Wirtschaftsform gefunden und ein neues Wirtschaftsorganismus geschaffen werden, der einerseits die Initiative des Unternehmers nicht lähmt, andererseits den Arbeitern die Ueberzeugung gibt, nicht mehr reine Ausbeutungsobjekte des Kapitalismus zu sein.

Deutsches Reich.

Vertrauensvotum für die württembergische Regierung.

Stuttgart, 15. Juli. (W. B.) Bei der gestrigen Abstimmung im Landtag wurde das Vertrauensvotum mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum und Deutschen Volkspartei gegen die der U. S. P. ausgeprochen. Die Bürgerpartei und der Bauernbund enthielten sich der Abstimmung. Das Vertrauensvotum der Unabhängigen wurde mit 74 gegen 19 Stimmen abgelehnt.

Polen protestiert.

Berlin, 15. Juli. (Von unserm Berliner Büro.) Von der polnischen Regierung ist eine Protestnote wegen der Rede des Außenministers Simons in Spa, die sich mit den politischen Uebergriffen beschäftigte, bei der deutschen Regierung eingetroffen. Die Note ist bereits im abflehenden Sinne beantwortet worden.

Deutsche Hilfskräfte in Polen.

Berlin, 15. Juli. (W. B.) In den letzten Tagen kamen bei der Reichsregierung und beim Auswärtigen Amt Telegramme der Bevölkerung, der an Polen ohne Abkündigung abgetretenen Gebiete in denen die dringende Bitte ausgesprochen wird, alles daran zu setzen, um die Gebiete, in denen die Bevölkerung ebenso wie in den Abtrittegebieten überwiegend deutsch ist, für das Vaterland zu retten. In den Telegrammen wird auf das Abstimmungsresultat in Ost- und Westpreußen hingewiesen und betont, daß auch in diesen Gebieten die Abstimmung sicher ein ähnlich günstiges Ergebnis für Deutschland haben werde.

Die Einziehung des Fernsprechausbaubetrags.

Aus Berlin wird gemeldet: Für die Fernsprechanlagen sind die folgenden Bestimmungen getroffen worden:

Der Beitrag wird erst von dem auf die Einzahlung folgenden Monat an verginst und die Zinsbeiträge unterliegen der Kapitalertragssteuer, so daß in Wirklichkeit nur 38 v. H. bezahlt werden. Die Dienststellen sind angewiesen, den Betrag allgemein ohne die Nachprüfung des Bedürfnisses in vierteljährlichen Teilzahlungen einzuziehen. Die erste Teilzahlung ist am 1. Oktober fällig; Beiträge auf kleinere Zahlungen werden genehmigt, wenn ein besonderes wirtschaftliches Bedürfnis vorliegt. Der Mindestbetrag einer vierteljährlichen Teilzahlung beträgt aber dann bei Hauptanschlüssen 100 M., bei Nebenanschlüssen 50 M. Außerdem scheidet die Deutsche Volkspartei in Berlin-Schöneberg den Betrag zunächst auf 10 Jahre vor. Die Vergütung hierfür richtet sich nach dem Reichsanfahrsbuch und beträgt für einen Hauptanschluß jährlich 30 M. und eine Einzahlungsgebühr von 20 M.

Frauenwahlrecht für Kaufmanns- und Gewerbegerichte.

Sämtliche weiblichen Abgeordneten der Rationalisierungsversammlung haben eine kleine Anfrage an die Regierung gerichtet, in der sie um schnelle Vorlage eines Gesetzesentwurfes für die Gewährung des aktiven und passiven Wahlrechts für die Frauen bei den Kaufmanns- und Gewerbegerichten ersuchen.

Empfang des neuen belgischen Gesandten.

Berlin, 15. Juli. (W. B.) Der Reichspräsident empfing gestern den neuernannten belgischen Gesandten und bevollmächtigten Minister Comte de Sclimbeck-Denerehem zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens in Gegenwart des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes v. Hanke.

Baden.

Badischer Luftverkehrsdiens.

Freiburg i. B., 15. Juli. (W. B.) Die badische Luftverkehrsgesellschaft (Balug) hat heute vormittag mit einem von Baden-Dos kommenden Flugzeug den von der Entente genehmigten Passagier- und Postverkehr auf dem hiesigen Flugplatz eröffnet. Ein zweites Flugzeug ist bis jetzt noch nicht eingetroffen, da es unterwegs wegen Motorschadens landen mußte. Zum Empfang war neben dem Luftfahrtsratsvorsitzenden der gen. Gesellschaft, Dr. Kobelt, auch der Oberbürgermeister von Freiburg, Dr. Thoma, mit Vertretern der Stadt erschienen. Die Gesellschaft beabsichtigt anlässlich der 800jährigen Jubelfeier der Stadt Freiburg in den nächsten Tagen besondere Passagierflüge in Freiburgs Umgebung auszuführen.

Aus dem Parteileben.

Deutsche, (liberale) Volkspartei.

3 Karlsruhe, 13. Juli. Die vor einiger Zeit in Aussicht genommene Gründung einer besonderen Frauengruppe der Deutschen (liberalen) Volkspartei wurde am Montag vollzogen. Die nach einem kurzen Vorgespräch von Frau Wiffel an die städtische Versammlung gerichtete Aufforderung zur Begründung der Gruppe fand einhelligen Beifall, jedoch man sofort zur Vorbereitungsarbeit übergehen konnte. Die wohl seitige folgende Ergebnis: Frau Schmidt, Eisingerstraße 25. In deren Stellvertretung Frau Staub, Karlsruherstraße 126. Schriftführerin Frau Leist, Viktoriastraße 2, in deren Vertretung Frau Tüll, Rieglstraße 97 und Frau Rose, Rieglstraße 11. Nach zwei kurzen Vorträgen der Herren Brombacher und Wehler über die Parteiverhältnisse und das Abstimmungsresultat sprach Herr Stadtpfarrer Kaminski ein warm empfundenes Schlusswort.

Gründung einer „Deutschen Partei“ in Polen.

Die politische Einigung des Deutschen in Polen und von da aus weiter auch die des Deutschums in Kongresspolen, Galizien usw., ist nun endlich gesichert.

nachdem bisher das Zentrum und ganz besonders wieder die Demokraten durch ihre Quertätigkeit und das Reiten des Parteiwindmills eine solche Einigung hintertrieben hatten. In der Gründungsversammlung in Posen wurde, nach dem Vortrage Tagesblatt, in klaren Worten Zweck und Ziel der Deutschen Partei wie folgt entwickelt:

Die Deutsche Partei muß alle Deutschen umfassen ohne Unterschied ihrer früheren Parteistellung. Die Deutsche Partei soll alle Arbeiten leisten, die mit Wahlen irgendwelcher Art verbunden sind, mit Wahlen zum Sejm, dann mit Wahlen zu Stadtratsordnungsversammlungen und Wahlen zu allen Körperschaften, die aus öffentlichen Wahlen hervorgehen. Sie soll die Deutschen einigen, soll dafür sorgen, daß geeignete Abgeordnete gesucht und aufgestellt werden, daß politische Führer herangebildet werden. Sie soll politische Führer heranzubilden. Dies muß systematisch betrieben werden. Wir haben nur zu fragen: Ist keine deutsche Bestimmung echt und unerschütterlich? Wir haben nur danach zu fragen, unter welchem Kabinett in die meiste und entzogensten Forderung der Rechte und Interessen des Deutschums zu erwarten haben. Zur Vertretung dieser Interessen brauchen wir keine deutschnationale Fraktion, keine demokratische, keine Zentrum- oder volksparteiliche Fraktion, wir brauchen keine Fraktionen, sondern nur eine deutsche Fraktion, und die muß hervorgegangen sein aus der Deutschen Partei.

Letzte Meldungen.

Zum Ueberfall auf Hindenburg.

Berlin, 15. Juli. (Von unsf. Berl. Büro.) Nach einer Nachricht der hannoverschen Polizeidirektion hat Hindenburg gegenüber den Vermutungen, daß der Vorfall im Hause Hindenburg mit den politischen Parteien zusammenhänge mit aller Bestimmtheit erklärt, daß es sich nur um einen Gelegenheitsdiebstahl gehandelt habe, und daß irgend welche politische Motive nicht in Betracht kämen. Ein von der Polizei im Zusammenhang mit der Angelegenheit Verhafteter wurde heute Hindenburg vorgeführt, konnte jedoch von diesem nicht bestimmt als Täter erkannt werden.

Stoßen der finnisch-russischen Friedensverhandlungen.

Kopenhagen, 15. Juli. (W. B.) Wie aus Dorpat gemeldet wird, hat die finnisch-russische Friedenskonferenz auf Vorschlag von Rußland beschlossen, die Verhandlungen auf zwei Wochen zu unterbrechen. Der Grund hierfür soll in dem Festhalten Finnlands an Forderungen zu suchen sein.

Spa, 15. Juli. (W. B.) Reichstagsabgeordneter Que trifft heute vormittag wieder hier ein.

Größere Truppenansammlungen in Irland.

London, 15. Juli. (Reuter.) Das irische Kino teilt mit: Britische Truppen sind jetzt in Irland in größerer Stärke eingetroffen. Sie sind zusammengezogen worden zu dem ausschließlichen Zweck, die Zollbehörden bei der Aufrechterhaltung von Gesetz und Ordnung zu unterstützen.

Berlin, 14. Juli. (Von unserm Berliner Büro.) Der Streik im Zeit-Bernoer Revier ist im allgemeinen beigelegt. Nur in der Stadt Zeit selbst stehen die Arbeiter noch im Ausstand, weil sie das Ergebnis der Reichsarbeitsministerium geführten Verhandlungen abwarten wollen. Die Lage in Golpa ist wiederum ernster geworden, da von heute ab die Arbeiter auch die Notstandsarbeiten nicht mehr ausführen.

Letzte Handelsnachrichten

Frankfurter Wertpapierbörse.

Frankfurt, 13. Juli. (Draht.) Die Börse verhielt sich abwartend der Entscheidung in der Kohlenfrage; doch war die Grundstimmung gut behauptet, da, wie von privater Seite verlautete, angeblich die Unterzeichnung von Seiten Deutschlands erfolgt sein soll. Am Montanaktienmarkt blieben die Kurse der führenden Werte preisstabil. Deutsch-Luxemburg und Oberbedarf fester, Bochumer gaben 5% nach. Auch auf dem Gebiete der Industriegesellschaften bewahrten die Kurse eine scheinliche Widerstandskraft, die sich im Verlaufe des Verkehrs in einzelnen chemischen Aktien äußerte. Es stellten sich Farbwerke Höchst und Griesheim höher, Scheideanstalt sowie Th. Goldschmidt sind behauptet. Bad. Anilin fest, plus 5/8%. Elektrotraktion stellten sich in der Mehrzahl etwas besser; A. E. G. und Bergmannwerke sind etwas reger gehandelt; Schuckert wurden bei lebhafterer Kauf- und 9% gesteigert. Im Gegensatz zu den vorgenannten Märkten sind Petroleumaktien wieder schwächer, besonders Deutsche Petroleum, in welchen Abgabestell vorherrschend mit 860 bewegten sie sich auf 84 1/2%. Deutsche Erdöl 1650-1670/6. Otavi-Minen-Anteile und Genußscheine etwas fester. Schantungbahn wenig verändert. Nordd. Lloyd und Hamburger Paketfahrt gingen zu je 179/100 um. Oesterreichische Staatsbahn 2% niedriger, dagegen 5%ige Lombarden-Prioritäten fest, 5%ige Silbermexikaner 294 plus 4% wurden lebhafter gehandelt, 3%ige Silbermexikaner 181 minus 3/4%. Die Börse schließt behauptet. Privatdiskont 4%.

Berliner Wertpapierbörse.

Berlin, 15. Juli. (Draht.) Die Börse eröffnete in fester Haltung, da von französischer Seite die Meldung vorlag, daß das Kohlenabkommen in Spa unter gewissen Bedingungen unterzeichnet worden sei. Darauf trat eine neuerliche Kauf- und Hyttentaktik hervor, die ca. 2-3% gewonnen; andere Wertgattungen stellten sich meist etwas höher, u. a. Badische Anilin um 7%. Verzinzt waren auch Rückgänge zu verzeichnen; so verloren Th. Goldschmidt 10%, Westeregeln 8%, Steaus Romana 14%. Auch Kolonialpapiere, wie Otavi und Schantungbahn stellten sich niedriger. Im allgemeinen wirkten die sich stärker geltend machenden Rückgänge im Verlaufe auf die Kursbewegung nachteilig ein. Petroleumaktien konnten sich ungefähr behaupten. Am Anlagemarkt neigten deutsche Anleihen zur Abschwächung.

Berliner Produktenmarkt.

Berlin, 15. Juli. (Draht.) Am Produktenmarkte war Hafer bei großer Zurückhaltung der Käufer weiter schwach. Im Geschäft mit Hülsenfrüchten herrschte Lustlosigkeit vor; grüne Erbsen wurden zu niedrigen Preisen umgesetzt. Heu war wenig verändert. Stroh war in gebundelter Ware angeboten. Die amtlichen Notierungen für Hafer stellten sich in Mark per Tonne: Loco ab Bahn, — spätere Lieferungen 2280 bis 2340. Tendenz flau.

Mannheimer Effektenbörse.

Mannheim, 15. Juli. Die Börse war umsatzlos. Kaufst bestand für Karlsruher Maschinenbau-Aktien zu 235% und für Zuckerfabrik Waghäusel-Aktien zu 130%. Die Aktien der Unionwerke Mannheim blieben zu 178% erhältlich.

Die erste Frau an der Berliner Börse.

Berlin, 15. Juli. (Eig. Draht.) Während bisher nach den Handelsgesetzen grundsätzlich Frauen zu den Börsengeschäften nicht zugelassen wurden, ist es jetzt doch nach langen Verhandlungen einer Frau gelungen, in den Börsengeschäften für Getreidehandlung zu dürfen. Es ist dies die Inhaberin der Getreidehandlung C. Merkel, Frau Margaretha Brühl. Sie ist als erste Frau zur Börse zugelassen worden. Vom Börsenvorstand wurde ihr mitgeteilt, daß nunmehr nichts mehr im Wege stehe und sie an den Börsengeschäften teilnehmen könne. Der ersten Frau an der Berliner Börse wird sich bald eine zweite anschließen, welche jedenfalls bei der Berliner Effektenbörse tätig sein wird.

Handelsblatt des Mannheimer General-Anzeiger

Deutsche Tuchindustrie und Preisbildung für Stoffe.

Aus Fachkreisen erhalten wir folgende Zuschrift:

Es sind wohl wenige Geschäftszweige von dem Kriege so sehr in Mitleidenschaft gezogen worden, wie die gesamte Textilindustrie. Dies ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß wir hinsichtlich der Rohstoffe fast gänzlich vom Auslande abhängig sind. Die im Kriege allmählich erfolgten Stilllegungen bis auf die sog. Höchstleistungsbetriebe sind bekannt. Letztere wurden durch Zuweisung von Rohmaterial zur Herstellung von Uniformstoffen im Gange gehalten, konnten aber auch nur mit verkürzter Arbeitszeit bei eingeschränktem Betrieb weiterarbeiten. Gegen Kriegsende erhielten dann diese Fabriken die Weisung, die Anfertigung von Militärstoffen einzustellen und das vorhandene Rohmaterial zu Zivilanzugstoffen zu verarbeiten. Hieraus wurde dann die sattsam bekannte „Einheitsware“, ein schwerer, grobfädiger Cheviot, in einfarbig und meliert gefertigt. Die Tuchfabrikanten im besetzten Gebiet waren indes verpflichtet, die Fertigfabrikate restlos an Bekleidungsämter zur Herstellung von Entlassungsanzügen und an Kommunen zur Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung abzugeben. Der freie Handel in diesem Artikel war im unbesetzten Gebiet ausgeschaltet. Dagegen mußten die Berliner Zentralstellen aus naheliegenden Gründen das bei den Fabriken im besetzten Gebiet vorhandene Rohmaterial vor Eintreffen der Besatzungstruppen an die betreffenden Fabriken verkaufen, und Ende 1918 konnte das ganze besetzte Gebiet mit „Einheitsware“ versorgt werden. Die Ausfuhr dieses Artikels in das unbesetzte Gebiet wurde von den Besatzungsbehörden untersagt. Trotzdem wurden größere Posten in das unbesetzte Deutschland herübergeschafft.

Im ersten Halbjahr 1919 wurde von den deutschen Tuchfabrikanten der Versuch gemacht, ihren Betrieb wieder in Gang zu bringen und Rohmaterial heranzubekommen. Bei den damals noch unsicheren Geschäftsverhältnissen wagte es indes kein Fabrikant, hochwertige Ware anzufertigen. Es wurde zunächst noch geringe, sogenannte Kriegsware, hergestellt, welche sich in der Preislage von 50—60 M (Fabrikpreis) bewegte. Erst Anfang August 1919 erschienen die ersten Fabrikannten mit kleinen neuen Sortimenten hochwertiger Kammergarnstoffe, wofür ein Preis von 85—100 M gefordert wurde.

Wenn man nun in Berücksichtigung zieht, daß das Geschäft damals in anderen Artikeln, beispielsweise in Baumwollwaren, eine ähnliche Stockung erlitt, wie Baumgüter, so ist es natürlich, daß die Preise, welche heute für feine Fabrikate gefordert werden, so hoch seien, und die Tuchfabrikanten werden wohl überal auf diese in unserem Lande herrschende allgemeine Stimmung Rücksicht nehmen müssen. Sie werden dazu übergehen, minderwertige Beimischungen zu verwenden. Die Tuchfabrikation scheint sich auch schon darauf einzustellen, denn es werden bereits von allen Seiten darauf hingewiesen, daß die Qualität geringe Fabrikate ausgeboten, welche den Eindruck besonderer Preiswürdigkeit bei dem Publikum erwecken sollen.

Die augenblickliche Kaufkraft des Publikums ist vielfach mit einem Versagen der Kaufkraft begründet worden. Dies ist wohl richtig, denn wenn auch z. B. heute der Arbeiter einen Jahresverdienst von 15—18000 M hat, so kann er sich doch kaum einen Anzug leisten, welcher 1500—2000 M kostet. Es bleiben also nur zwei Wege übrig. Entweder wir müssen uns mit geringeren Qualitäten begnügen, oder aber, was wohl vorzuziehen sein dürfte, mit unserer Kleidung sparsamer umgehen. Wenn wir uns früher im Jahre zwei Anzüge leisten konnten, so wird sich jetzt im Durchschnitt der Deutsche höchstens alle zwei Jahre einen Anzug zulegen können, was im Interesse des Schneidergewerbes allerdings sehr bedauerlich wäre. Die deutsche Tuchindustrie ist also jetzt vor die Wahl gestellt, entweder den einen oder anderen Weg zu beschreiten. Wenn das Publikum sich auf billigere Preislagen verweist bzw. die hohen Preise nicht anlegen

kann, so bleibt eben nichts anderes übrig, als geringeres Material zu verwenden, dessen Tragfähigkeit natürlich nur eine sehr begrenzte ist.

Der heutige Garnpreis für Kammergarn in B-Qualitäten beträgt ca. 280—300 M, in den A-Qualitäten ca. 330—380 M per Kilo, und zwar unter Berücksichtigung der heutigen Valuta und des Preisrückganges an den verschiedenen Wollmärkten. Eine aus A-Garnen gefertigte Ware in der Schwere von 500 bis 550 Gramm würde sich also immerhin auf 200—250 M per Meter (Fabrikpreis) stellen; das Publikum scheint jedoch wenig Neigung zu haben, entsprechende Preise heute anzulegen. Man liest in den Tageszeitungen, daß die Wolle beispielsweise in Antwerpen 30% im Preise zurückgegangen ist, und glaubt, daß nun auch die Fertigfabrikate im Preise entsprechend zurückgehen müßten. Abgesehen davon, daß bei Beurteilung der Antwerpener Preise auch das Verhältnis der belgischen zur englischen Valuta berücksichtigt werden muß, macht ein Preisrückgang von 35—40% der Rohmaterialien bei der Fertigware höchstens 3—5% aus. Uebrigens hat die letzte Versteigerung in London mit einer Erhöhung von durchweg 10% für bessere Merinos abgeschlossen, und der Londoner Markt wird in den letzten Tagen als durchaus befestigt gemeldet.

So wünschenswert ein starker Abbau der Preise in allgemeinen Interesse auch wäre, so ist doch leider an einen erheblichen Rückgang der Notierungen für bessere Stoffe nicht zu denken, so lange die Markvaluta sich nicht andauernd weiter verbessert und solange die Gestehungskosten der Fabrikannten infolge weiterer Lohnerhöhungen und Material-Versteigerung (Kohle, Farbe usw.) eine steigende Tendenz behalten.

Wirtschaftliche Rundschau.

Zur Tabakablieferung von Schwetzingen und Seckenheim wird uns von unserem oc-Korrespondenten wie folgt gemeldet: Es ist nicht richtig, daß die Schwetzingen Landwirte ihren Tabak abgeliefert haben. Weder in Schwetzingen noch in Seckenheim sei der größte Teil der Landwirte bereit, den Tabak abzuliefern, nur einige kleine Landwirte hätten ihren Tabak abgegeben.

Guß-u. Armaturenwerke Kaiserslautern. Nach 206927 M (635 000 M) Abschreibungen verbleibt ein Reingewinn von 400 089 M (806 000 M), woraus wiederum eine Dividende von 12% an die Aktionäre zur Ausschüttung gelangt. Für Tantieme und Gratifikation werden 134 100 M (168 117 M) verwendet, der Reserve 60 000 M und dem Dispositionsfonds 97 989 M (99 924 M) zugewiesen und 40 000 M wie im Vorjahre auf neue Rechnung vorgetragen. Im Vorjahre erfolgte außerdem eine Rückstellung von 430 000 M für die Umstellung des Betriebes.

Gebr. Lux, A.-G. Maschinenfabrik und Kesselschmiede, Darmstadt. Der Reingewinn der Gesellschaft, die im Berichtsjahre der starken Nachfrage nach nicht annähernd entsprechen konnte, beläuft sich einschl. 70 410 M (64 842 M) Vortrag und 47 570 M (22 622 M) Abschreibungen auf 251 897 M (310 038 M), woraus wiederum eine Dividende von 15% verteilt und 88 649 M vorgetragen werden. Ueber die Aussichten verläuft, daß, wenn auch im neuen Jahre eine Geschäftsstille eingetreten sei, man keinen Grund zu Befürchtungen habe, da man noch für längere Zeit mit Aufträgen rechnen sei. Der Umsatz der ersten Monate des neuen Geschäftsjahres stehe dem vorjährigen nicht nach. Selbst unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Stagnation glaube man ein beträchtliches Ergebnis in Aussicht stellen zu können. Da die Handels- und Vermittlungsabteilung eine Erweiterung bedinge, beantrage man eine Kapitalerhöhung um 0,35 Mill. M auf 1 Mill. M.

Philipp Holzmann A.-O. in Frankfurt a. M. Das gesamte 12,45 Mill. M betragende Aktienkapital der Gesellschaft soll in nächster Zeit an den Börsen in Frankfurt a. M. und Berlin eingeführt werden.

Verleihete Brauerei A.-O. Stuttgart. Eine auf 6. August einberufene a.-o. Generalversammlung soll über die Liquidation der Gesellschaft beschließen.

Die Landbank von Berlin genehmigte in ihrer Generalversammlung ohne Erörterung den Abschluß. Es ergibt sich ein Betriebsverlust von 273 000 M, der sich noch um 150 000 M durch Stempelkosten für die Ausgabe von Vorzugsaktien erhöht. Es wird dann ein Verlust von 423 000 M auf neue Rechnung vorgetragen. Das Unternehmen ist im letzten Jahr in eine gemeinnützige Siedlungsgesellschaft umgewandelt worden. Diese Beschlüsse wurden indessen erst am 4. November in das Handelsregister eingetragen, und infolgedessen konnte — da die Verhältnisse noch nicht geregelt waren — im letzten Jahre neuer Grundbesitz nicht erworben werden.

Abänderungen des Ausfuhrabgabentaris. Eine Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministeriums verzeichnet, wie wir in Ergänzung unserer Mitteilung vom 13. Juli noch nachtragen, folgende Ermäßigungen der Ausfuhrabgaben: Hasenfell 1% (10%), Felle zur Pelzwerk- (Rauchwaren-) Be-

reitung 0 (10%). Für die meisten Lederarten wurde die Ausfuhrabgabe auf 2% herabgesetzt, nur für Vachleder aus Hirsch- oder Rehellen und Glanzleder beträgt die Abgabe 3%, Pergamentleder 0, Taschnerwarenleder 4%, Pelzwerk und andere Lederwaren 6%, Glanzhandschuhe 3%, Zeitwaren 3%, Filme aus Zellhorn 6%, dito belichtete 2%.

Die Teerbewirtschaftung. Der demokratische Abgeordnete Odenwald hat im Landtag folgende kurze Anfrage eingebracht: Ist der badischen Regierung bekannt, daß vom Reichswirtschaftsministerium in Berlin für die Bewirtschaftung von Teer und Teererzeugnissen ein „Wirtschaftsverband“ mit einem jährlichen Kostenaufwand von etwa 2,5 Millionen M gegründet wurde, während die Teererzeuger keinen gehängenden Absatz in Deutschland finden können und Antrag auf Ausfuhr von 10 000 Tonnen Oel gestellt haben? Ist die Regierung bereit, gegen diese Gründung in Berlin Stellung zu nehmen?

Ausstattung der Wasserkraft in Pforzheim. Aus Pforzheim berichtet uns unser oc-Korrespondent wie folgt: Ueber den Ausbau der hiesigen Wasserkraft machte Oberbürgermeister Gündert auf eine Anfrage in der letzten Bürgerversammlung die Mitteilung, daß sich demnächst besondere Fachausschüsse mit einem neuen Plan für elektrische Kraftgewinnung befassen werden, dessen Ausführung die Stadt 60 bis 70 Millionen M kosten wird. Es handelt sich um die Wiederaufnahme des alten Enzkopffabrikprojektes, wonach mit Hilfe der Nagold und eines Stollens ein großes Kraftwerk am Enzkopf ausgeführt werden soll. Dieser alte Plan erhält aber eine wichtige Erweiterung durch den Zuzug der Enz, die ebenfalls durch einen Stollen unter der Höhe von Büchenbronn hindurchgeführt und dann der Nagold zugeleitet werden soll, ehe diese den Enzkopf durchbricht.

Der Verband Deutscher Bau- und Nutzholzhändler hat in einer Eingabe an die Ministerien für Reichswirtschaft, Arbeit und Reichsernährung und Landwirtschaft sich einmütig gegen die Pläne der Sozialisierung des Holzhandels ausgesprochen.

Waren und Märkte.

Vom süddeutschen Eisenmarkt.

Am Eisenmarkt scheint sich allmählich wieder mehr Vertrauen einzustellen. Die Zeit der stürmischen Preisstöße ist vorüber. Durch den Eisenwirtschaftsbund wurden die Notierungen herabgesetzt, was zu einer gewissen Klärung auf dem Märkte führte. Das Verlangen nach Eisen ist nicht mehr so krass, wie noch vor wenigen Wochen. Damit soll nicht gesagt sein, daß kein Bedarf vorhanden wäre, sondern es ist beabsichtigt, die Beschaffung des Materials müsse in Zukunft sich anders regeln als bisher. Bis jetzt hat man den Kauf von Eisen als eine gute Kapitalanlage betrachtet, wodurch Gewinne bis zu 1000% erzielt werden konnten. Der Krieg ist nun mit seiner Beendigung als der wichtigste aller Eisenverbraucher ausgeschieden, sodaß die von diesem geforderten Mengen wieder dem allgemeinen Verbrauch dienen können. Dadurch kann von einer wirklichen Eisenknappheit nicht gesprochen werden, wie solche bisher betont wurde. Die Zurückhaltung in der Vergebung von Neuaufträgen ist offensichtlich, man erwartet in Verbraucherkreisen weitere Preisherabsetzungen. Der Eisenwirtschaftsbund hat zwar die Augustpreise noch nicht festgesetzt, was erst Ende dieses Monats geschehen soll, aber die Walzwerke und Händler haben von selbst eine Ermäßigung der Notierungen durchgeführt. Der festgesetzte Stabeisenpreis beträgt 3200 M, der aber nicht mehr gehalten wird. Man stößt schon auf Angebote von 3000 M bis herab zu 2800 M für die Tonne. Aus diesem Grunde ist wohl mit Sicherheit anzunehmen, daß für den kommenden Monat eine allgemeine Preislenkung eintritt. Die Eindrücke in Stabeisen waren sehr minimal. Der Hauptabsatz bewegte sich in dünnem Rundstahl und Winkelstahl in kleinen Dimensionen. Für diese Sorte wurden Preise von etwa 4500 M angelegt. Bandstahl ließ sich kaum absetzen, da die vorhandenen Mengen den Verbrauchern zu teuer sind, sodaß nur geringe Posten für dringenden Bedarf gekauft wurden. Besonders auffallend ist das reichliche Angebot in Verpackungsbändern, welches mit etwa 10—12000 M bewertet wird, aber die Eindrücke darin sind kaum nennenswert. Im Verkehr mit Feinblechen herrschte fast vollkommen Ruhe. Die Verbraucher hielten sich vom Märkte fern. In Grobblechen konnte einiges abgesetzt werden, was mit 5000 M pro Tonne bezahlt wurde. In Röhren war der Absatz kaum erwähnenswert, da darin weitere Preisstürze erwartet werden.

Telegraphische Börsen- und Handelsnachrichten siehe Seite 2.

Hauptredaktion: Dr. Fritz Götzenbaum.

Verantwortlich für Inhalt: J. U. Dr. A. Wolf; für Redaktion: H. Wöhrner; für Korrekturen und den übrigen redaktionellen Teil: Richard Schindler; für Druck: J. B. Franz Rieder; für Anzeigen: Karl Bögel. Druck und Verlag: Trudering Dr. Götze, Mannheimer General-Anzeiger G. m. b. H., Mannheim, E. 6.

Frankfurter Börse.

Festverzinsliche Werte.

1) 1000 Reichsmark	15	14
2) 1000 Reichsmark	15	14
3) 1000 Reichsmark	15	14
4) 1000 Reichsmark	15	14
5) 1000 Reichsmark	15	14
6) 1000 Reichsmark	15	14
7) 1000 Reichsmark	15	14
8) 1000 Reichsmark	15	14
9) 1000 Reichsmark	15	14
10) 1000 Reichsmark	15	14

Bank-Aktien.

1) 1000 Reichsmark	15	14
2) 1000 Reichsmark	15	14
3) 1000 Reichsmark	15	14
4) 1000 Reichsmark	15	14
5) 1000 Reichsmark	15	14
6) 1000 Reichsmark	15	14
7) 1000 Reichsmark	15	14
8) 1000 Reichsmark	15	14
9) 1000 Reichsmark	15	14
10) 1000 Reichsmark	15	14

Dividenden-Werte.

1) 1000 Reichsmark	15	14
2) 1000 Reichsmark	15	14
3) 1000 Reichsmark	15	14
4) 1000 Reichsmark	15	14
5) 1000 Reichsmark	15	14
6) 1000 Reichsmark	15	14
7) 1000 Reichsmark	15	14
8) 1000 Reichsmark	15	14
9) 1000 Reichsmark	15	14
10) 1000 Reichsmark	15	14

Berliner Börse.

Festverzinsliche Werte.

1) 1000 Reichsmark	15	14
2) 1000 Reichsmark	15	14
3) 1000 Reichsmark	15	14
4) 1000 Reichsmark	15	14
5) 1000 Reichsmark	15	14
6) 1000 Reichsmark	15	14
7) 1000 Reichsmark	15	14
8) 1000 Reichsmark	15	14
9) 1000 Reichsmark	15	14
10) 1000 Reichsmark	15	14

Bank-Aktien.

1) 1000 Reichsmark	15	14
2) 1000 Reichsmark	15	14
3) 1000 Reichsmark	15	14
4) 1000 Reichsmark	15	14
5) 1000 Reichsmark	15	14
6) 1000 Reichsmark	15	14
7) 1000 Reichsmark	15	14
8) 1000 Reichsmark	15	14
9) 1000 Reichsmark	15	14
10) 1000 Reichsmark	15	14

Dividenden-Werte.

1) 1000 Reichsmark	15	14
2) 1000 Reichsmark	15	14
3) 1000 Reichsmark	15	14
4) 1000 Reichsmark	15	14
5) 1000 Reichsmark	15	14
6) 1000 Reichsmark	15	14
7) 1000 Reichsmark	15	14
8) 1000 Reichsmark	15	14
9) 1000 Reichsmark	15	14
10) 1000 Reichsmark	15	14

Dividenden-Werte.

1) 1000 Reichsmark	15	14
2) 1000 Reichsmark	15	14
3) 1000 Reichsmark	15	14
4) 1000 Reichsmark	15	14
5) 1000 Reichsmark	15	14
6) 1000 Reichsmark	15	14
7) 1000 Reichsmark	15	14
8) 1000 Reichsmark	15	14
9) 1000 Reichsmark	15	14
10) 1000 Reichsmark	15	14

Devisen-Kurse.

(Für je 100 der Landeswährung in Mark.)

Berliner Devisen.

Für deutsche Auszahlung	Monatsskurs	13. Juli	14. Juli	15. Juli
Amerikan-Rotterdam	108.7	1159.	1266.10	1268.90
Brüssel-Antwerpen	81.	342.15	342.85	342.15
Christians	112.50	700.25	659.35	650.35
Kopenhagen	212.10	661.25	654.35	649.35
Stockholm	112.50	720.25	656.60	661.60
Helsingfors	81.	141.25	139.10	137.80
London	81.	239.75	230.25	235.25
Paris	81.	151.85	152.15	151.47
New York	81.	28.50	28.50	28.50
Schweden	81.	323.15	321.95	320.15
Schwiz	81.	487.25	488.70	485.50
Schweden	81.	595.50	616.35	616.35
Wien, alte	81.	37.05	37.05	37.05
Wien, abgest.	81.	27.55	25.84	25.90
Prag	81.	84.90	85.10	85.47
Budapest	81.	23.21	23.42	23.21
Bulgarien	81.	—	—	—
Konstantinopel	19.20	—	—	—

Frankfurter Devisen.

Für deutsche Auszahlung	Monatsskurs	13. Juli	14. Juli	15. Juli
Frankfurt	100	100	100	100
London	100	100	100	100
Paris	100	100	100	100
New York	100	100	100	100
Brüssel	100	100	100	100
Kopenhagen	100	100	100	100
Stockholm	100	100	100	100
Helsingfors	100	100	100	100
Wien	100	100	100	100
Prag	100	100	100	100
Budapest	100	100	100	100
Bulgarien	100	100	100	100
Konstantinopel	100	100	100	100

Frankfurter Notemarkt.

15. Juli.

Waren	Gold	Devisen	Gold	Devisen
Amerikanische Noten	35.41	35.60	—	—
Belgische	—	—	—	—
Dänische	—	—	—	—
Österreichische	—	—	—	—
Polnische	—	—	—	—
Russische	—	—	—	—
Schwedische	—	—	—	—
Schweizerische	—	—	—	—
Ungarische	—	—	—	—
Yugoslawische	—	—	—	—

